

Das Ende der Meinungsfreiheit? (NetzDG & Co.)

<https://www.youtube.com/watch?v=S-WU2zCMC7E>

In diesem Video wird das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) thematisiert, das soziale Netzwerke dazu verpflichtet, rechtswidrige Inhalte innerhalb von 24 Stunden zu entfernen. Kritiker befürchten, dass dieses Gesetz die Meinungsfreiheit einschränkt und zu einer Zensur kritischer Stimmen führen könnte. Zudem wird auf die damit verbundenen Risiken der staatlichen Überwachung und die Ausweitung der Befugnisse von Strafverfolgungsbehörden eingegangen.

Stichpunkte:

- Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz verpflichtet soziale Netzwerke zur schnellen Löschung rechtswidriger Inhalte.
- Kritiker warnen vor einer möglichen Zensur und Einschränkung der Meinungsfreiheit.
- Das Gesetz könnte dazu führen, dass Unternehmen Inhalte vorschnell löschen, um Bußgelder zu vermeiden.
- Es gibt Bedenken, dass der Staat indirekt Einfluss auf die Inhalte im Internet nimmt.
- Der Bundestrojaner wird als weiteres Beispiel für staatliche Überwachung und Eingriffe in die Privatsphäre genannt.

Quelle: MrWissen2go

Einstelldatum: 2017-07-05

Revision #1

Created 8 May 2026 07:20:29 by Admin

Updated 8 May 2026 07:20:29 by Admin